

# Abschied von Afghanistan – Afghanischer Abschied

In diesen Mai- und Juni-Tagen überschlugen sich vielerlei und gegensätzliche Meldungen zu Afghanistan. Dies lässt Überlegungen zu unterschiedlichen Arten des internationalen (militärischen) Engagements bis zu einem Abschied vom internationalen (Sicherheits-) Einsatz in Afghanistan erneut aktuell erscheinen. Am Rande der Sitzung der EU-Verteidigungsminister Anfang Mai war es der deutsche, der massive Kritik an den Einsätzen der amerikanischen Luftstreitkräfte gegen Talibanstellungen äußerte, da sie unerwünschte Kollateralschäden, d.h. Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung, zur Folge hatten.

Präsident Karzai forderte die Einstellung des offensiven Vorgehens der internationalen Truppen (der Amerikaner), das zivile Verluste verursache. Das afghanische Oberhaus verabschiedete eine Entschliebung, wonach alle offensiven Operationen der internationalen Truppe einzustellen seien und man in Gespräche/Verhandlungen mit den Taliban eintreten wolle.

Ein Selbstmordattentäter riss deutsche Soldaten und afghanische Zivilpersonen auf einem Markt in Kundus in den Tod. Dies erhöht die Zahl der in Afghanistan gefallenen deutschen Soldaten auf 21. In dieser Lage bestärkt die Regierung ihre Verpflichtung gegenüber Afghanistan, und der Kommandeur der NATO geführten ISAF-Truppen, GenLt MacNeill, wird in der New York Times zitiert: »We are guest in this country. They are the host.«

Aus deutscher Sicht bleibt wichtig festzuhalten, dass es die erklärte Absicht der internationalen Gemeinschaft ist und bleibt, einer demokratisch legitimierten afghanischen Regierung zu ermöglichen, ihr Land zu stabilisieren und wieder aufzubauen und den Taliban und islamistischen Terroristen keine Chance zur Rückkehr an die Macht zu geben. Dies erfordert absehbar sowohl militärische als auch vielfältige nicht-militärische Unterstützung, die beide – auch untereinander – enger zu koordinieren sind.

Für einen Abschluss der militärischen Sicherheitspräsenz der UN lassen sich idealtypisch in dieser Lage drei Szenarien bestimmen. Diese können in der Realität natürlich auch in Überschneidungen verschiedener Intensität eintreten.

## **Angestrebtes Abschiedsszenario der militärischen Sicherheitskräfte**

Aus Sicht der internationalen Gemeinschaft – von UN über NATO und EU bis zu deren Mitgliedstaaten – und der gewählten

afghanischen Regierung wird der bevorzugte Abschied der internationalen Truppen aus Afghanistan erfolgen nach der erfolgreichen Stabilisierung dieser politischen Strukturen, bei fortschreitendem Wiederaufbau und erfolgreicher Gewährleistung der Sicherheit im Lande durch afghanische Polizei und Streitkräfte mit der Maßgabe, dass die Taliban und andere gegnerische Kräfte keine Erfolgchance für ihre gewaltsame Machtübernahme mehr erkennen können. Dies ist ein denkbares, noch mögliches, aber keinesfalls sicheres Szenario.

## **Ein von afghanischer Regierung und Parlament herbeigeführter, ja erbetener Abschied**

Die gewählte Regierung und die derzeitigen Parlamentsmehrheiten verwehren den internationalen Truppen offensive »security operations« (ISAF) und »combat operations« (OEF) gegen eindeutig aufgeklärte Taliban/al Qaida-Kräfte, die verstärkt Anschläge und Angriffe gegen eine steigende Zahl von Afghanen sowie die militärische und zivile internationale Präsenz planen und durchführen. Die Einsatzmöglichkeiten von ISAF und OEF werden durch solche Auflagen auf rein reaktive Selbstverteidigungsmaßnahmen im Rahmen der Notwehr/Nothilfe beschränkt. Es ist äußerst fraglich, ob die NATO als Allianz bzw. die Mehrzahl der Truppen stellenden Nationen unter solchen Einschränkungen bereit sein werden, ihre Truppen vor Ort zu belassen. Denn das würde die Initiative für jeden Anschlag den gegnerischen Kräften von Taliban, al Qaida oder anderen kämpfenden Milizen überlassen.

Aus einem durch derartige Entscheidungen wahrscheinlich werdenden schrittweisen Rückzug der internationalen Truppen, würde gewiss ein eindeutiger, wenn die gewählte Regierung und das Parlament darüber hinaus den Abzug der internationalen Truppe offiziell beschließen würden.

## **Ein von der politischen »Heimatfront« beschlossener/erzwungener Abschied**

Eine Übernahme der Macht in zunehmenden Teilen des Landes durch die Taliban und weitere gegen die gewählte Regierung kämpfende Gruppen verbunden mit steigenden Verlusten der internationalen Truppen sowie ziviler Helfer der Internationalen Gemeinschaft und Nichtregierungsorganisationen, bei anhaltenden Ver-

suchen der Truppen, dies – eher erfolglos – gemeinsam mit einer offensichtlich unzureichend ausgebildeten, ausgerüsteten und vor allem ungenügend geführten und motivierten afghanischen Armee und noch schwächeren Polizeikräften abzuwehren, erodiert in den Parlamenten und Regierungen und vor allem in der Bevölkerung der entsendenden Staaten die Zustimmung, diesen Einsatz fortzusetzen. Gemeinsame oder fragmentarische Beschlüsse der beteiligten Regierungen führen daraufhin zu eher geordnetem oder sogar überstürztem Rückzug vom Hindukusch.

## **Mögliche Szenarien**

In Kurzform lassen sich die Szenarien folgendermaßen bestimmen:

- Abschied mit gemeinsamem Abschlussappell als »mission accomplished«,
- Aufkündigung des »Gastvertrags« durch die afghanische Regierung trotz Hinweisen der Internationalen Gemeinschaft auf deren Verantwortung für die absehbaren negativen Folgen – vom (möglichen erneuten) Bürgerkrieg bis zur (zweiten) Machtübernahme der Taliban und schließlich der
- vorzeitige Abschied mit eher überstürztem Abzug der internationalen Truppen in der Einschätzung, dass der Einsatz eine »mission impossible« geworden sei, weil die Afghanen selbst nicht die Kraft oder den Willen aufbringen, sich der Taliban oder ähnlich extremistischer Kräfte zu erwehren und sie auszuschalten.

Im sechsten Jahr des Einsatzes so vieler Akteure in Afghanistan ist es zwingend, dass die Regierungen und Gremien der Internationalen Gemeinschaft (allen voran UN, NATO und EU) und Afghanistans gemeinsam Bilanz ziehen, ob und wie sie den bevorzugten Abschied nach erfolgreichem Einsatz (noch) erreichen können.

In den Diskussionen und Debatten in Afghanistan, aber auch in Regierungen, Parlamenten und Öffentlichkeit der Truppen stellenden Länder gibt es allerdings zurzeit zahlreiche Anzeichen für eine Stimmung, die einen Abschied nach Szenario 2 oder 3 als durchaus möglich erscheinen lassen. Allerdings sollte ein Abschied des zweiten Szenarios keinesfalls als existenzielles Scheitern der NATO oder gar der Allianz gedeutet werden. Ein Szenario 3 muss allerdings bei allen beteiligten (Mitglied-) Staaten und den internationalen Organisationen gleichermaßen zur rigorosen

Überprüfung ihrer künftigen Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft in der Krisenbewältigung führen.

In dieser Lage ist es geboten,

- die Realität der besonderen Kriegssituation in Afghanistan anzuerkennen und sich ihr zu stellen,
- dass die Afghanen klar und eindeutig erkennen lassen, dass sie kein zweites Taliban-Regime wollen und entsprechend handeln,
- das Ausspielen von Wiederaufbau einerseits gegen den erforderlichen Kampf wider die Taliban andererseits aufzugeben,
- offensiv zu vertreten, dass mit den Afghanen und für die Afghanen der Wiederaufbau im weiteren Sinn und die Auseinandersetzung mit den gewaltbereiten Taliban in abgestimmter Weise erforderlich sind, wobei die Auseinandersetzung umso erfolgreicher sein wird, je mehr sie von den Afghanen selbst getragen und als ihr ureigenstes Interesse erkannt wird,
- die Anstrengungen zum Aufbau der afghanischen Polizei und Armee, aber auch der Justiz zu intensivieren und so zügig und umfassend wie möglich alle Einsätze gegen »gegnerische Kräfte« als gemeinsame Anstrengung durchzuführen,
- Hilfsgelder verstärkt und gezielt für die Bevölkerung vor Ort – insbesondere auf dem Lande – mit praktischen Projekten wirksam werden zu lassen, möglichst durch afghanische Regierung,
- vor allem eine effizientere Versorgung, insbesondere mit Wasser und Elektrizität, eine verbesserte Infrastruktur, gezielt Straßen und Brücken, weitere Schulen und Bildungseinrichtungen, auch außerhalb der großen Städte voranzubringen,
- den Mohnanbau als Teil des vernetzten Drogenkartells nicht vorrangig durch »Verbrennen« der Mohnfelder zu behandeln, sondern vor allem auch Händler und Lieferanten für die Fertigung und den Vertrieb ins Visier zu bekommen,
- Abschied zu nehmen von vor allem westlichen Vorstellungen eines zentral regierten Afghanistans und eher föderative Strukturen unter Einbeziehung der Stämme und Clanführer in den verschiedenen Regionen zu unterstützen, die allerdings angehalten werden müssen, Menschenrechte und Mindeststandards demokratischer Willensbildung zu beachten, wenn ihnen dauerhaft Unterstützung für die jeweilige Region gewährt werden soll,
- deutlich stärker wichtige Regionalmächte, vor allem die Nachbarländer Pakistan



Kanadische Soldaten im Einsatz in Afghanistan.

Foto: NATO

und Iran, aber auch China sowie alle nördlichen Nachbarstaaten in die Gestaltung und Absicherung eines friedlichen, stabilen Afghanistans als Mitverantwortliche einzubeziehen.

## Die Afghanen müssen sich entscheiden

Die Zahl und die Komplexität der – ohne Anspruch auf Vollzähligkeit – aufgezeigten Aufgaben und Herausforderungen unterstreichen, dass UN, NATO, EU und alle Mitgliedstaaten gegenüber der afghanischen Regierung und allen regionalen Führungspersönlichkeiten mit einer abgestimmten Botschaft und besser koordinierten Arbeitsprogrammen zur Unterstützung der Afghanen auftreten müssen, die präziser sind als die Leitsätze vom Petersberg (2001) oder London (2005). Das kann dazu beitragen, die Maßnahmen des Wiederaufbaus, der Ausbildung der Regierungsstrukturen sowie der Sicherheitskräfte (Armee, Polizei, Grenztruppen) und die Stärkung der Wirtschaft – ohne, ja gegen den Drogenhandel – voranzubringen, und so die Bereitschaft der Afghanen zur Loyalität gegenüber der gewählten Regierung erhöhen.

Wenn die afghanische Bevölkerung bereit ist, gegen die gewalttätigen Taliban aufzutreten, können die internationalen Truppen ihr dabei helfen. Wenn dies unklar bleibt oder die Afghanen sich eher von den internationalen Truppen abwenden, dann können diese die Auseinandersetzung mit den Taliban, al Qaida oder anderen Milizen nicht für die Afghanen erfolgreich durchführen. Die Mehrheit der Afghanen wird bald entscheiden müssen, welchen Weg sie gehen will. Denn die Geduld und der politische Wille in den Ländern der Truppensteller sind erkennbar begrenzt. Eine

klare Entscheidung der afghanischen Bevölkerung in diesem Punkt würde auch die westlich bestimmte Debatte über die Trennung von Wiederaufbau/Stabilisierung versus Kampf gegen die Taliban und Terroristen mittels zweier unterschiedlicher Mandate für die NATO-geführte ISAF und die amerikanisch geführte Koalition von OEF in sich zusammenfallen lassen. Denn klar ist schon jetzt, wo die Taliban bereits die Macht ausüben oder wohin sie zurückkehren werden, da gibt es keinen Wiederaufbau.

Wenn es – dann – ein Mandat für beide notwendigen Sicherheitsaufgaben gibt, die von der afghanischen Bevölkerung als in ihrem eigenen Interesse erforderlich beurteilt werden, kann auch die konkrete Ausführung dieser beiden Aufgaben in der Allianz intern wirkungsvoller abgestimmt werden, wodurch dann deutscher Einfluss zielorientierter wirksam werden kann.

Im Sommer 2007 ist jede Prognose, welcher Art der Abschied von Afghanistan sein wird, äußerst unsicher. Aber wenn die Abstimmungen, die Lothar Rühl in der FAZ vom 23. Mai 2007 (»Noch lange am Hindukusch – Ein koordinierender Sonderbeauftragter der Bundesregierung wäre nützlich«) für die Bundesregierung anmahnt, die aber in ähnlicher Form auch innerhalb und zwischen den internationalen Organisationen der UN, der Allianz und der EU zwingend erforderlich sind, um die Unterstützung der Afghanen und ihrer Regierung wirkungsvoller zu gestalten, nicht oder weiter unzureichend erfolgen, werden die Gegenkräfte in Afghanistan und der Region dies gegenüber der Bevölkerung weiter propagandistisch ausnutzen, um damit das Abschiedszenario 1 in die Ferne zu rücken, ja aus ihrer Sicht zu verhindern.

Dies allein sollte nach fast sechs Jahren Anlass genug sein, dass die Staatenwelt, die internationalen Organisationen und alle Afghanen, die kein zweites Taliban-Regime und dessen Unterstützung des islamistischen Terrorismus wollen, zusammenfinden und durch energisches, koordiniertes Handeln den Beweis anzutreten, dass die Geschichte (von Alexander dem Großen über britische Kolonialzeit und sowjetische Besetzung bis zum Bürgerkrieg nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und der Taliban-Herrschaft bis 2001) sich nicht wiederholen muss. <sup>n</sup>

*Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen ist Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.*